

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXX 3–2014

ROHSTOFFPOLITIK UND ENTWICKLUNG

Schwerpunktredaktion: Melanie Pichler,
Johannes Knierzinger

Herausgegeben von:
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Inhaltsverzeichnis

- 4 MELANIE PICHLER, JOHANNES KNIERZINGER
Globale Rohstoffpolitik am Scheideweg?
- 9 JOHANNES JÄGER, BERNHARD LEUBOLT, LUKAS SCHMIDT
Alles Extraktivismus in Südamerika? Rohstoffrenten und Politik
in Brasilien, Chile und Venezuela
- 27 MELANIE PICHLER
Einmal Industrialisierung und zurück:
Die Palmölproduktion in Indonesien als Teil eines
extraktivistischen Entwicklungsmodells?
- 48 ANNE DIETRICH
Zwischen solidarischem Handel und ungleichem Tausch:
Zum Südhandel der DDR am Beispiel des Imports
kubanischen Zuckers und äthiopischen Kaffees
- 68 JOHANNES KNIERZINGER
Überlegungen zu Steuerung und ungleichem Tausch in Rohstoff-
güterketten mit Beispielen aus Guineas Bauxitbergbau
- 89 KARIN KÜBLBÖCK
Can ‘Undistorted Access’ Lead to Inclusive Development?
The EU Raw Materials Initiative and Possible Effects upon
Resource-Based Development in Africa
- 106 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
109 Impressum

JOHANNES JÄGER, BERNHARD LEUBOLT, LUKAS SCHMIDT
Alles Extraktivismus in Südamerika?
Rohstoffrenten und Politik in Brasilien, Chile und Venezuela¹

1. Einleitung

Die vergangene Dekade war für den lateinamerikanischen Kontinent von einem enormen ökonomischen Aufschwung geprägt, der nicht zuletzt den konstant hohen Rohstoffpreisen zu verdanken war. Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,9 Prozent zwischen 2009 und 2012 scheinen Lateinamerika und die Karibik auch gegenwärtig nicht nur glimpflicher durch die aktuelle Wirtschaftskrise zu kommen als etwa die Industriestaaten, sondern sogar ein relativ stabiles Wachstum zu gewährleisten (für eine detaillierte Darstellung vgl. CEPAL 2013: 85; Lesay/Leubolt 2012). Mit dieser Entwicklung wird nicht nur der in den akademischen Auseinandersetzungen zum Thema anzutreffende Pessimismus gegenüber einer einseitigen Rohstofforientierung infrage gestellt, auch die seit den 1980er und 1990er Jahren vorherrschende neoliberale Ausrichtung des Kontinents wird zunehmend herausgefordert. In einigen lateinamerikanischen Ländern konnten sich alternative Staatsprojekte etablieren, während der primäre Sektor der Ökonomie (Landwirtschaft und Abbau natürlicher Ressourcen) an Bedeutung gewann. Vornehmlich linke Regierungen nutzen in diesem Zusammenhang die Einnahmen aus dem Exportgeschäft für die Umsetzung progressiver sozialpolitischer Maßnahmen. In unterschiedlichem Ausmaß wird dabei mit neoliberalen Politikmustern gebrochen und ein gesellschaftlicher Transformationsprozess in Gang gesetzt, der vor der Herausforderung steht, die Auswirkungen eines neoliberalen Projektes zu bearbeiten, das Lateinamerika über Jahrzehnte hinweg zu einer der Regionen mit der höchsten gesellschaftlichen Ungleichheit gemacht hat (vgl. Boris et al. 2005; Pimmer 2010).

Während konstantes wirtschaftliches Wachstum, progressive sozialpolitische Maßnahmen gepaart mit beachtlichen sozialen Fortschritten sowie eine verstärkte Süd-Süd-Kooperation für die Erfolge und das Selbstbewusstsein der Regierungen sprechen, werden zunehmend auch Widersprüchlichkeiten der neuen Entwicklungsmodelle kritisiert. Zum einen wird die Frage aufgeworfen, inwieweit die Abhängigkeit von hohen Weltmarktpreisen für Rohstoffe die Wachstumsstrategien gefährden könnte, zum anderen verursachen die durch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen hervorgerufenen ökologischen Schäden verstärkt Kritik an den jeweiligen Regierungen, deren Kurs als „neo-extraktivistisch“ bzw. als „neuer progressiver Extraktivismus“ kritisiert wird (Gudynas 2012; Svampa 2012). Während die Rohstoffrenten beim traditionellen „Extraktivismus“ vor allem einer kleinen Gruppe gesellschaftlicher „Eliten“ zugute kämen, würden sie beim „Neo-Extraktivismus“ vordergründig für soziale Programme genutzt. Diesem progressiven Zug stünden allerdings die zuvor genannten Kritikpunkte externe Abhängigkeit und Zerstörung der Natur sowie mangelhafte Berücksichtigung der lokalen sozialen Bewegungen und Interessen gegenüber. Aufbauend auf diesen Argumenten wird die extraktivistische Neuausrichtung meist für den gesamten Subkontinent Lateinamerika diagnostiziert und kritisiert (vgl. Brand/Dietz 2013; FDCL/RLS 2012; Lang/Mokrani 2012). Ein wichtiger empirischer Indikator ist dabei häufig der steigende Anteil von Rohstoffen an den Exporterlösen.

Vor dem Hintergrund regulationstheoretischer und gramscianisch inspirierter Überlegungen (vgl. Becker et al. 2013; Bieling 2013) soll hier eine integrative Betrachtung von ökonomischen Prozessen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen erfolgen. Dafür wollen wir drei exemplarische Fallbeispiele diskutieren, um die doch sehr unterschiedliche Bedeutung und den sehr verschiedenen Umgang mit extraktivistischen Elementen in Entwicklungsstrategien darzulegen. Während Brasilien und Venezuela oftmals als neo-extraktivistisch bezeichnet werden, kann Chile eher als traditionell extraktivistisch beschrieben werden. Für Chile und Venezuela ist besonders die Ausfuhr von metallischen bzw. mineralischen Rohstoffen zentral. Während Chile über eine der weltweit größten Kupferreserven verfügt, gilt Venezuela als das Land mit den weltweit höchsten Reserven an Erdöl. Obwohl beide Staaten damit vor allem extensive Rohstoffextraktionsstrategien verfolgen, unterscheiden sie sich grund-

legend hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffrenten. In Brasilien gilt der landwirtschaftliche Sektor als treibende Kraft der extraktivistischen Tätigkeiten. Außerdem wurde ein enormes Erdölfeld unter einer Salzschiefer im Meer (*Pré-Sal*) gefunden, für das aber noch keine Fördertechnologie existiert. Dennoch basiert die Akkumulationsdynamik vordergründig auf intensivem industriellen Wachstum. Die Strategie ist daher nur schwerlich als dominant neo-extraktivistisch zu charakterisieren (vgl. Burchardt/Dietz 2013: 183; Schmalz 2013: 54f; Jäger/Leubolt 2014).

2. Theoretischer Zugang

Um die unterschiedlichen (nationalen) Ausprägungen gesellschaftlicher Kämpfe um die Verteilung von Rohstoffrenten analytisch fassen zu können, greifen wir auf die Regulationstheorie zurück. Auf die Brauchbarkeit der Theorie in Zusammenhang mit der Analyse der Akkumulationsmodelle Lateinamerikas wurde bereits an anderer Stelle hingewiesen (vgl. Jäger/Leubolt 2014). Als wesentliches Unterscheidungsmerkmal der vornehmlich rohstofforientierten Akkumulationsmuster konnte die jeweils dominante Verteilung der Renteneinkommen herausgearbeitet werden. Zur Spezifizierung der Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in unterschiedlichen Staaten Lateinamerikas werden wir daher im Folgenden die bereits gewonnenen Erkenntnisse aufseiten der Akkumulation mittels einer genaueren Betrachtung der jeweiligen Formen von Regulation kombinieren. In Anlehnung an bereits ausgearbeitete Typisierungsachsen der Regulationstheorie – (1) Lohnverhältnis, (2) Konkurrenzverhältnis, (3) monetäre Restriktion und (4) ökologische Restriktion – sowie ihrer Staatlichkeit und Räumlichkeit (Aglietta 2000; Becker 2007; Brand/Raza 2003) lassen sich unterschiedliche nationalstaatliche Entwicklungsprozesse herausarbeiten.

Die regulationstheoretischen Überlegungen werden mit hegemonietheoretischen Überlegungen bezüglich der Wechselwirkung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und Staatlichkeit ergänzt. Als zentrale Referenz wird hier die Theorie des erweiterten Staates von Antonio Gramsci (1991ff: 783, 1267, 1947) herangezogen. Zentral ist hierbei die Frage nach Hegemonie als historisch konkretes Moment der Übereinkunft unterschied-

licher gesellschaftlicher Interessen. In einer hegemonialen Konstellation gelingt es der herrschenden bzw. führenden Gruppe, mittels politischer, ideologischer und materieller Zugeständnisse andere Akteure konsensual in ihr Herrschaftsprojekt zu integrieren. Hegemoniale Beherrschung beinhaltet auch immer Elemente des Zwangs, die sich sowohl in den Staatsapparaten als auch der Alltagskultur einschreiben (Scherrer 2007: 73). Für Regionen der globalen Peripherie und Semi-Peripherie wie Lateinamerika wird argumentiert, dass vordergründig auf Konsens beruhende hegemoniale Konstellationen aufgrund des hohen Grades an Marginalisierung kaum denkbar sind (O'Donnell 1996). Die Marginalisierten werden zwar in untergeordneter Position in die Ökonomie eingebunden, bleiben aber aus Gesellschaft und Politik weitgehend ausgeschlossen (Quijano 1974). Schon die weite Verbreitung von Militärdiktaturen in Lateinamerika bis in die 1980er Jahre weist auf die größere Bedeutung von Gewalt hin. In liberal-demokratischen Gesellschaften werden Auseinandersetzungen um die Unterstützung von Regierungen seitens der unterschiedlichen Gruppen wichtiger, da meist die Elemente des Zwangs abgeschwächt werden müssen. Der vorliegende Beitrag geht diesen Auseinandersetzungen kursorisch nach.

3. Die Wiederentdeckung des „Entwicklungsstaates“ in Brasilien

Brasilien wird seit Anfang 2003 von einer Mitte-Links-Regierung unter den PräsidentInnen Luiz Inácio Lula da Silva (2003–2010) und Dilma Rousseff (seit 2011) regiert. Unter ihrer Ägide wurde der neoliberale wirtschaftspolitische Kurs erst abgeschwächt und später weitgehend verlassen (näher dazu: Leubolt 2014). Das Staatsprojekt unterscheidet sich dabei deutlich vom „Petrosozialismus“ Venezuelas, Boliviens und Ecuadors, da die ökonomische Prosperität nicht gleichermaßen von Rohstoffexporten abhängt. Brasiliens Ökonomie ist im lateinamerikanischen Vergleich am stärksten industrialisiert und differenziert. Dadurch ist das Land einerseits nicht gleichermaßen abhängig vom Außenhandel: der Koeffizient für den Anteil importierter Waren variierte in den letzten fünf Jahren zwischen 15,9 % (2010) und 22,3 % (2013), während der Exportkoeffizient zwischen

16,2 % (2010) und 20,5 % (2009) lag (IPEA 2014). Trotz leicht steigender Bedeutung des Energiesektors, dessen Anteil am BIP zwischen 2002 und 2006 von 4,1 % auf 5,6 % stieg (eigene Berechnungen nach MME 2014²), waren staatlichen Einflussmöglichkeiten über dessen Regulierung sowohl politisch als auch ökonomisch stärker eingeschränkt als beispielsweise in Venezuela. Diese Rahmenbedingungen führen zu einer höheren Abhängigkeit der Regierung vom „guten Gang der Geschäfte“ und legten ein Bündnis der Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores* – PT) mit wichtigen Kapitalfraktionen nahe, um ökonomische Stabilität gewährleisten zu können. Auch die politischen Institutionen erlaubten keine Alleinregierung der PT, die mit anderen progressiven Parteien keine parlamentarischen Mehrheiten bilden konnte und auf politische Bündnisse mit Parteien des politischen Zentrums angewiesen war. Unter einem stark personenbezogenen Wahlrecht setzt sich die Mehrheit der brasilianischen ParlamentarierInnen aus UnternehmerInnen (unter ihnen eine starke Fraktion des Agrobusiness) und freiberuflich Tätigen zusammen (Rodrigues 2006). Auch auf dieser Ebene mussten daher Bündnisse geschmiedet werden, die 2006 in eine Koalitionsregierung der PT mit der großen Zentrumspartei PMDB (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro*) mündeten. Die brasilianische Regierung ist daher als Mitte-Links-Regierung zu begreifen, die einen sozial-reformistischen Kurs verfolgt. Wichtigster Referenzpunkt ist der „Entwicklungsstaat“, dessen Konzeption darauf abzielt, ein Bündnis zwischen Marginalisierten, Proletariat und brasilianischem Kapital zu organisieren: Durch Armutsbekämpfung, eine deutliche Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns und erleichtertem Zugang zu Konsumkrediten soll dafür gesorgt werden, dass Marginalisierte und Proletariat in den Binnenmarkt integriert werden. Die dadurch entstehende Konsumbasis sorgt für Wachstumsimpulse der Ökonomie, die auch dem brasilianischen Kapital zugutekommen (Leubolt 2014; Novy 2012).

Konzeptionell sollten sich die skizzierten Veränderungen des Lohnverhältnisses zulasten des Auslandskapitals auf das Konkurrenzverhältnis auswirken. Der Fokus auf den Binnenmarkt zeigte anfänglich Erfolge, die sich besonders an relativ hohen Wachstumsraten des BIP ab 2005 zeigten. Auch die globale Finanzkrise wirkte sich anfänglich relativ schwach auf Brasilien aus (Becker et al. 2013). Ökonomisch profitierte das Land zwar von den relativ hohen Rohstoffpreisen und konnte dadurch die Export-

einnahmen deutlich erhöhen. Wichtigste Triebkraft der wirtschaftlichen Dynamik war aber der Binnenmarkt, der durch die Regulation des Lohnverhältnisses bis etwa 2010 prosperierte, was auch durch politische Einwirkung auf das Konkurrenzverhältnis weiter vorangetrieben wurde: Das groß angelegte „Programm für Wirtschaftliches Wachstum“ (*Programa de Aceleração do Crescimento* – PAC) initiierte staatliche Investitionen in Infrastruktur und begünstigte damit die brasilianische Industrie, aber auch (mittels Investitionen in soziale Infrastruktur) die Bevölkerung. Danach wirkte sich die Kombination aus Nachfragerückgang der chinesischen Industrie (vor allem Stahl, Soja und Agrotreibstoffe) und steigenden Importen der nun in den Binnenmarkt integrierten gesellschaftlichen Gruppen (vordergründig Konsumprodukte aus China und Südostasien) negativ auf die brasilianische Wirtschaft aus. Dazu trug auch die monetäre Regulation bei, da sich die relativ überbewertete Währung negativ auf Exporte und positiv auf Importe auswirkte (Leubolt 2014).

2011 brach das Wirtschaftswachstum nach kurzer aber deutlicher Erholung 2010 wieder ein und stagniert seither. Die brasilianische Regierung versuchte, mittels Eingriffen in das Konkurrenzverhältnis über Programme zur Förderung der nationalen Industrie die Entwicklung des Binnenmarktes wieder dynamischer zu gestalten. Diese Interventionen zeigten nur bedingt Wirkung. Die Regulation des Geldes bevorzugt eher Finanz- als industrielles Kapital. Die Leistungsbilanz als wichtigste Kennzahl des Außenhandels saldiert seit 2008 negativ, die brasilianische Industrie ist leidtragend und kann sich nur schwer gegen die ausländische Konkurrenz behaupten. Der Anteil der Industrie am BIP sank zwischen 2004 und 2009 von 25,2 % auf 22,1 %. Danach gab es leichte Zuwächse in der Extraktionsindustrie, deren Anteil am BIP (ohne Energiesektor) von 0,7 % (2009) auf 0,8 % (2012) des BIP stieg, während der Energiesektor mit einem BIP-Anteil von 4,7 % im Jahr 2012 wieder an Bedeutung einbüßte. Der BIP-Anteil der Landwirtschaft sank von 7,4 % (2003) auf 5,5 % im Jahr 2012 (eigene Berechnungen nach MME 2014).

Die entwicklungsstaatliche Strategie wirkte sich dennoch zentral auf das Naturverhältnis aus: Die Infrastrukturinvestitionen im Rahmen des PAC betrafen auch Großprojekte wie zum Beispiel Staudämme oder die Umleitung des großen Flusses *São Francisco*. Solche Großprojekte verfolgten oftmals unter anderem die Zielsetzung der ökonomischen

Entwicklung des Hinterlandes, die mit der intensiveren Nutzung natürlicher Ressourcen einhergeht. Außerdem wird die „Agrargrenze“ laufend ausgedehnt: Vor allem im westlich gelegenen Bundesstaat Mato Grosso werden tropische Regenwälder zur Gewinnung von agrarischen Anbauflächen vor allem für Soja abgeholzt (Coy/Klingler 2014). Dahinterstehende Fraktionen des Agrobusiness kooperieren weitgehend als BündnispartnerInnen mit der Regierung. Abseits der Landwirtschaft zeigen sich die Auswirkungen der „entwicklungsstaatlichen“ Strategie aber auch in den urbanen Räumen: Die Anhebung der unteren Einkommen führte dazu, dass nun mehr BrasilianerInnen über private PKWs verfügen. Trotz verstärkter Investitionen in die öffentliche Transportinfrastruktur kommt es also zu einer Art „nachholendem Fordismus“, der mit einer Zunahme von Luftverschmutzung einhergeht (Novy 2012).

Das brasilianische Modell des Entwicklungsstaates setzt auf viele Elemente sozialdemokratischer Politik des 20. Jahrhunderts: Umverteilung zugunsten der Armen soll zu einer Förderung des Binnenmarktes und damit in weiterer Folge der brasilianischen Industrie beitragen. Diese Strategie zeigte anfänglich Erfolge: Die brasilianische Industrie konnte von der Dynamisierung des Binnenmarktes profitieren, während sich die internationale Erhöhung der Rohstoffpreise und die steigende chinesische Nachfrage positiv auf neo-extraktivistische Sektoren wie Mineralienextraktion und Agrobusiness auswirkten. Die eben skizzierten Dynamiken weisen darauf hin, dass das brasilianische Modell nur schwerlich als dominant neo-extraktivistisch charakterisiert werden kann: Umverteilung wird vordergründig über Mindestlohngesetze und nicht über eine Neuverteilung der Renteneinnahmen organisiert. Dennoch offenbarte die Analyse Widersprüche sowohl ökonomischer als auch ökologischer Natur, die innerhalb der bestehenden politischen Allianzen als schwierig bearbeitbar erscheinen.

4. Grenzen neoliberaler Extraktionsstrategien in Chile

Chile galt lange als neoliberaler Musterschüler: Im Zuge von Liberalisierung und Exportorientierung konnte über längere Zeiträume relativ hohes und stabiles Wachstum erreicht werden. Was in der Diskussion

jedoch häufig weitgehend ausgeblendet blieb, war die Tatsache, dass Chiles wirtschaftliche Entwicklung primär auf dem außerordentlichen Ressourcenreichtum des Landes beruhte. Die strategische wirtschaftliche Umorientierung erfolgte im Zuge einer neoliberalen Konterrevolution unter der Diktatur Pinochets ab Mitte der 1970er Jahre. Diese hatte das Ziel, den chilenischen Weg zum Sozialismus zu stoppen und nachhaltig die Lohnabhängigen zu schwächen. Im Anschluss an die durch die Außenöffnung ermöglichte tiefe Finanzkrise zu Beginn/Mitte der 1980er Jahre lässt sich eine relativ dynamische Entwicklung ausmachen. Diese fußte vor allem auf der Ausweitung der Exporte. Neben traditionellen Ressourcen (Kupfer, Fischmehl) wurden auch neue Ressourcen bzw. ressourcenintensive Produkte (Zellulose, Lachs, Obst) exportiert. Das Akkumulationsregime ist damit als rohstoffbasiert und außenorientiert zu bezeichnen. Trotz der Versuche, die Exportstruktur zu diversifizieren, ist der Anteil der Kupfer/Metallexporte an den gesamten Exporten nach wie vor bei ca. 70 Prozent (Jäger/Leubolt 2014). Gestützt wurden die rohstoffbasierten Strategien durch eine entsprechende Ausgestaltung der ökologischen Restriktion, die die relativ ungehinderte Extraktion von Rohstoffen ermöglichte, weitgehend ohne die mit lokalen traditionellen Produktionsweisen verbundenen Interessen und sozialen oder ökologischen Aspekte berücksichtigen zu müssen. Finanzialisierungstendenzen konnten aufgrund einer entsprechenden Ausgestaltung des Geldverhältnisses bislang weitgehend hintangehalten werden (Görgl et al. 2011). Das kompetitive Lohnverhältnis ging jedoch erstens mit einer sehr verhaltenen und zweitens mit einer sehr ausdifferenzierten Lohnentwicklung einher. Das Ergebnis ist ein ausgesprochen hohes Maß an Ungleichheit, das sich in den letzten Jahren nur sehr wenig verringert hat. Der Gini-Koeffizient liegt noch immer knapp unter 0,5 (CEPAL 2012: 91). Im Konkurrenzverhältnis zeigte sich im Zuge der Außenöffnung eine deutliche Zunahme des Auslandskapitals, insbesondere in den extraktiven Bereichen, aber auch im Dienstleistungs- und Finanzsektor (Fazio 2010). Insgesamt kann damit eine tendenzielle Transnationalisierung des Kapitals konstatiert werden (Fischer 2011). Damit einher geht auch ein hoher struktureller Kapitalabfluss, der sich zum Teil auf bis zu 10 Prozent des BIP belief. Eine wesentliche Rolle spielte dafür der Kupferabbau. Durch die Privatisierung der Schürfrechte wurde der staatliche Anteil (des unter Allende Anfang der 1970er Jahre verstaatlichten

Kupfersektors) kleiner und der Anteil des privaten Kapitals und eine entsprechende Repatriierung der Gewinne immer bedeutender (Riesco 2008). Mit Ausnahme der Einnahmen aus der noch verbleibenden staatlichen Kupfermine CODELCO, die Dank der Pinochet-Verfassung zu einem bestimmten Anteil fix an das Militär gehen, wird die Rente aus der Ressourcenextraktion jedoch im Kontext sehr geringer effektiver Besteuerung in der Regel von privatem Inlands- und Auslandskapital angeeignet (Ramos 2011). Staatliche Einnahmen speisen sich damit nur zu einem geringen Teil aus den Renten und basieren vor allem auf Massensteuern. Wie in Anlehnung an Gudynas (2012) festzuhalten ist, kann daher schwerlich von einem Neo-Extraktivismus gesprochen werden, weil dieser an umverteilende Maßnahmen gekoppelt sein müsste. Vielmehr handelt es sich um einen traditionellen oder neo-liberalen Extraktivismus.

In der aktuellen Krise kam es nur zu einem leichten Einbruch der Wirtschaftsleistung. Unter anderem konnte jedoch auf Mittel aus einem staatlichen Stabilisierungsfonds zurückgegriffen werden, um den Wirtschaftsabschwung zu dämpfen. Im Kontext sich rasch erholender Rohstoffpreise sprang auch das Wachstum wieder an. Dennoch scheint das neoliberale Extraktionsmodell zunehmend von verschiedenen Seiten unter Druck zu geraten. Es ist offensichtlich, dass das neoliberale System mit seiner liberalen Sozialstaatlichkeit seine Versprechungen für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht einlösen konnte (Fischer/Leubolt 2012). Die Angst vor der Wiederkehr einer die kapitalistischen Klasseninteressen verteidigenden Militärdiktatur hat deutlich abgenommen. An der Oberfläche zeigt sich dies durch immer wieder aufflackernde Arbeitskämpfe, aber auch in nach wie vor stattfindenden regelmäßigen Protesten und Streiks von Studierenden. Die politische Klasse, die sich in einem von der Pinochet Diktatur 1981 durchgesetzten liberalen Verfassungsrahmen bewegt, ist weithin delegitimiert. Dies drückt sich beispielsweise darin aus, dass nur knapp mehr als die Hälfte der Bevölkerung an den letzten Präsidentschaftswahlen teilnahmen. Die seit beinahe einem Jahr im Amt befindliche Mitte-Links-Regierung beginnt zwar, einige progressive Akzente in der Steuer- und Sozialpolitik zu setzen, am rohstoffbasierten Wirtschaftsmodell wird jedoch weiterhin festgehalten. Ebenso ist vor dem Hintergrund der nach wie vor gegebenen Kräfteverhältnisse eine substanzielle staatliche Umverteilung der Rohstoffrenten mittelfristig

nicht zu erwarten, auch wenn diese zunehmend von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zum Teil lautstark gefordert wird. Die Achillesferse des extraktiven Modells sind jedoch die Preisentwicklungen, allen voran für Kupfer. Seit 2013 wird in der breiteren Öffentlichkeit diskutiert, inwieweit das Ende eines „Superzyklus“ des Kupfers (und anderer Metalle) bereits absehbar sei (Palma 2013). Eine deutliche Reduktion der Rohstoffpreise würde mit Sicherheit eine ökonomische Krise nach sich ziehen und das neoliberale Akkumulationsmodell noch stärker delegitimieren. Dies könnte möglicherweise dazu führen, dass es zu verstärkten sozialen Auseinandersetzungen um die geringer werdende Rohstoffrente und bestenfalls zu stärker neo-extraktivistischen Entwicklungsstrategien kommt. Ein alternatives, stärker binnenorientiertes Entwicklungsmodell scheint jedoch auch mittelfristig nicht in Sicht.

5. Soziale Kämpfe um die Erdölrente in Venezuela

Mit dem Stichwort „Petrosozialismus“ (Azzelini 2008) lässt sich ein Staatsprojekt umschreiben, das auf dem lateinamerikanischen Kontinent für eine der radikalsten Formen der Umverteilung von Einnahmen aus dem rohstoffexportierenden Sektor steht: In Venezuela wird seit der Übernahme des Präsidentenamts durch Hugo Chávez im Jahr 1999 mittels progressiver sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen für eine drastische Reduktion der gesellschaftlichen Ungleichheit gesorgt. Während diese in den Krisenjahrzehnten der 1980er und 1990er Jahre noch eine der höchsten des Kontinents darstellte, erreicht Venezuela voraussichtlich annähernd alle von den Vereinten Nationen für das Jahr 2015 gesteckten Millennium-Entwicklungsziele (vgl. CEPAL 2014). Gelungen ist dies vor allem mittels der Kontrolle des staatlichen Erdölunternehmens PdVSA (*Petróleos de Venezuela S.A.*) durch die Regierung und die Umverteilung der im Erdölsektor generierten Renten.

Das Lohnverhältnis hat sich in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren zugunsten der Lohnabhängigen verschoben. Während sich die Reallöhne in der bisherigen Regierungszeit der PSUV (*Partido Socialista Unido de Venezuela*) zwar nur wenig dynamisch entwickelt haben, tragen vor allem staatlich initiierte Sozialprogramme (*misiones*) sowie der

Ausbau des Gesundheitswesens und die Produktion staatlich subventionierter Lebensmittel im Rahmen von Kooperativen dazu bei, den Haushaltskonsum und den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse dennoch substanziell zu erhöhen. Reformen des Arbeitsrechtes und die zunehmende Formalisierung des Arbeitsmarktes sind zudem Ausdruck des gestiegenen politischen Gewichts der Interessen jener ArbeiterInnenfraktionen abseits der Mittelschicht, die noch vor wenigen Jahren von gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen waren (INE 2014; Jäger/Leubolt 2014: 173; Weisbrot/Sandoval 2009: 9ff; Wilpert 2007).

Im Geldverhältnis zeigt sich allerdings ein weitaus differenzierteres Bild: Die Regierung versucht seit Jahren, mittels Devisenkontrollen einerseits die anhaltende Kapitalflucht einzudämmen und andererseits mittels fixer Wechselkurse die Importe zu gewährleisten, die aufgrund der kaum konkurrenzfähigen nationalen Industrie und Landwirtschaft notwendig sind. Paradoxerweise gelingt es der venezolanischen Bourgeoisie gerade durch dieses System, einen Teil der Renten selbst abzuschöpfen.

Einerseits sind die güterimportierenden Kapitalfraktionen zwar von den staatlich kontrollierten Deviseneinnahmen abhängig: Die Einnahmen der PdVSA sind für den überwiegenden Teil der im Land befindlichen Devisen verantwortlich. Die nötigen Dollars für den Import von Lebensmitteln, Konsum- und Luxusgütern werden von staatlicher Seite subventioniert. Daher werden Erdölrenten verwendet, um die inländische Nachfrage decken zu können. Andererseits haben diese Kapitalfraktionen Wege gefunden, die Kontrollmechanismen zu umgehen und durch die Überfakturierung der Importgeschäfte die importierten Waren – entgegen der von der Regierung vorgesehenen Weitergabe der Subvention über die Ladenpreise – für ein Vielfaches des in Dollar bezahlten Preises zu verkaufen. Der daraus resultierende, oftmals enorme Gewinn wird wiederum im Ausland, im Immobiliensektor oder auf den Finanzmärkten angelegt und ist damit Teil der anhaltenden Kapitalflucht (Barredo 2014; Sutherland 2014; Wilpert 2013). Die in diesem Kontext jüngst stark gestiegene Inflation nützt in letzter Instanz vor allem der Bourgeoisie. Die negativen Effekte für die Kaufkraft der Lohnabhängigen werden für die ArbeiterInnenklasse zum Teil über die Sozialpolitik abgefedert, führen aber auf lange Sicht dazu, dass eine dynamische Entwicklung der Löhne eingeschränkt wird. Der Arbeitsmarkt basiert weiterhin auf extensiven Akkumulationslo-

giken, da Investitionen in produktive Sektoren, die eine Intensivierung wie etwa in Brasilien vorantreiben könnten, aufgrund der profitablen Importgeschäfte weiterhin nicht getätigt werden. Damit ist auch eine Dimension des Konkurrenzverhältnisses angesprochen, da der Charakter rohstoffbasierter Akkumulation in Venezuela momentan zu einer weiteren Stärkung von (in- und ausländischen) Kapitalfraktionen führt, die im Handels-, Finanz- und Dienstleistungssektor tätig sind (vgl. Sutherland 2012).

Als Reaktion forcierte die Regierung zuletzt zwar die Regulierung des Schwarzmarktkurses in Form eines zusätzlichen marktkonformen Wechselkurses (*SICAD II*), die Auswirkungen der letzten Jahre haben die gespannte politische Situation allerdings weiter verschärft. Vor allem die Mittelklasse, die die Devisenkontrollen nicht im selben Maß wie die Bourgeoisie nutzen kann und vor allem von den Teuerungen und (aufgrund von Preisspekulationen künstlich erzeugten) Warenverknappungen ihren Lebensstandard bedroht sieht, protestiert seit Anfang 2014 (teilweise gewaltsam) gegen die Regierung. Trotz des bei den jüngsten Kommunalwahlen eingefahrenen Wahlerfolges der PSUV weist diese verschärfte Instabilität auf die fragile gesellschaftliche Basis des Hegemonieprojekts der Regierung von Nicolas Maduro, dem Nachfolger des in seiner dritten Amtszeit verstorbenen Hugo Chávez, hin. Die Unzufriedenheit der Mittelklasse stärkt dabei jene Kapitalfraktionen, die im Rahmen des bürgerlichen Parteibündnisses MUD (*Mesa de la Unidad Democrática*) für eine Rückkehr zu neoliberalen Politikmustern eintreten, um die Renteneinnahmen wieder direkt in private Kanäle zu leiten. Eine wahrscheinliche Folge wäre unter anderem die Privatisierung der bereits gesellschaftlich etablierten Sozialprogramme (vgl. Cannon 2014). Die extrem niedrige Steuerbelastung (vgl. OECD et al. 2014) bzw. die in der monetären Restriktion angesprochenen Widersprüche der venezolanischen Geldpolitik können als direkte und indirekte Zugeständnisse an die Bourgeoisie im Rahmen des „bolivarischen Projekts“ betrachtet werden. Dennoch kämpfen die bürgerlichen Eliten weiterhin gegen den politischen Machtverlust in den Staatsapparaten und wollen die Renteneinnahmen direkt kontrollieren.

Neben dem Spannungsfeld aus sozialem Fortschritt und politischer und ökonomischer Instabilität zeigen sich auch Widersprüche im Hinblick auf die ökologische Restriktion: Venezuela verfügt zwar über eine der größten Erdölreserven der Welt, benötigt aber einen enormen energeti-

schen und finanziellen Input, um das besonders zähflüssige Ölvorkommen des Orinoco-Gebiets zu fördern. Zu den damit verbundenen Nachteilen hinsichtlich der Produktionskosten gegenüber konventionellem Öl kommt damit eine noch stärkere Belastung der Umwelt. Dies könnte in Zukunft dazu führen, dass sich gesellschaftliche Konflikte zunehmend um die Zerstörung der natürlichen Umwelt und die Verteilung der dadurch entstehenden Kosten drehen.

6. Schlussfolgerungen

Die gewählte regulationstheoretische Perspektive sowie die drei lateinamerikanischen Fallbeispiele zeigen die Notwendigkeit einer differenzierten Diskussion der Entwicklungsstrategien in Lateinamerika auf. Venezuela kann eindeutig als neo-extraktivistisch bezeichnet werden. Dort sind entsprechende Strategien und eine Umverteilung der Rohstoffrente vor allem für Sozialprojekte am stärksten ausgeprägt. Erheblich anders ist der Fall in Chile. Auch wenn dort ein rohstoffbasiertes Entwicklungsmodell vorliegt, so werden die Renten im Kontext liberaler Strukturen primär von inländischem und ausländischem Kapital privat angeeignet. Daher scheint uns die Bezeichnung neoliberaler Extraktivismus treffend. Brasilien ist jedoch nur schwerlich als „exemplarisch für [...] [den] Extraktivismus [...] linksliberale[r] Regierungen“ zu charakterisieren, wie Brand und Dietz (2013: 76) diagnostizieren, da rohstoffbasierte Entwicklungsmuster eine eher untergeordnete Rolle spielen. Das brasilianische Modell des Entwicklungsstaates weist zwar extraktivistische Züge auf, hat seine Dynamik aber in der Intensivierung der Produktionsweise, gestützt auf eine verstärkte Integration der bislang marginalisierten Gruppen. Zudem ist die Entwicklungsdynamik sehr wesentlich auf binnenorientierte und weniger auf exportorientierte Strategien zurückzuführen.

In den drei Fallbeispielen äußern sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Entwicklungsstrategien und die Verteilung der Rohstoffrente auf unterschiedliche Art und Weise: Die persistent neoliberale Politik Chiles sorgt dafür, dass vor allem in- und ausländische Kapitalgruppen an den Gewinnen aus dem Rohstoffsektor partizipieren und der Rückgang gesellschaftlicher Ungleichheiten im Vergleich zu Brasilien

und Venezuela kaum nennenswert ist. In Brasilien und Venezuela spielt dagegen Umverteilung eine wichtige Rolle in den Entwicklungsstrategien. Die Mitte-Links-Regierung Brasiliens verfolgt die Strategie, mittels einer Stärkung der Binnennachfrage die soziale Kluft zu schließen und gleichzeitig die nationale Bourgeoisie in das Wachstumsprojekt einzubeziehen. Das in Brasilien als *neo-desenvolvimentismo* diskutierte Modell hatte in jüngster Zeit vordergründig urbane Konflikte zur Folge (und nicht rurale, gemäß der These des „Neoextraktivismus“). In Venezuela sind soziale Kämpfe um Verteilungsfragen intensiver. Hier ist der Erdölsektor von so außergewöhnlich großer Bedeutung für die Ökonomie, dass das Ringen um die politische Kontrolle über die dort generierten Einnahmen einem offenen Klassenkampf gleichkommt. In beiden Fällen sind die sozialen Errungenschaften indirekt mit offenen Unmutsbekundungen der Mittelschicht verbunden. In allen Fällen generieren die verschiedenen Modelle jeweils spezifische neue Widersprüche im Umgang mit der ökologischen Restriktion wie auch unterschiedliche Potenziale für emanzipatorisches Handeln.

- 1 Besonderer Dank gilt den wertvollen Hinweisen von Melanie Pichler und den anonymen GutachterInnen.
- 2 Für diese Daten wurde auf die Aufbereitung des Bundesministeriums für Minen und Energie zurückgegriffen, da diese den Energiesektor besonders berücksichtigen. Außerdem beziehen sie sich im Gegensatz zu den Daten des IPEA (2014) für die Jahre ab 2010 nicht auf Schätzungen. Letztgenannte Daten weisen einen ungewöhnlich starken proportionalen Anstieg der extraktiven Industrie aus, der von 1,83 % des BIP im Krisenjahr 2009 auf 4,11 % im Jahr 2013 gestiegen wäre. Gemäß dieser Schätzungen wäre der Anteil gegenüber den Jahren bis 2008 (um 3 %) um mehr als 1 % gestiegen.

Literatur

- Aglietta, Michel (2000 [1976]): A theory of capitalist regulation. The US experience. London: Verso.
- Azzellini, Dario (2008): Lateinamerikanischer Petro-Sozialismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2008, 25-28.
- Barredo, Juan (2014): Fuga de capitales y reapropiación de la renta en Venezuela. In: Rebelión, 18.2.2014. <http://rebellion.org/noticia.php?id=180918>, 25.5.2014.
- Becker, Joachim (2007): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard (2013): Die Weltfinanzkrise in Lateinamerika: Fragile Stabilität? In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 6 (Supplement 1), 141-160.
- Bieling, Hans-Jürgen (2013): Vergleichende Kapitalismusanalyse aus der Perspektive einer neo-gramscianisch erweiterten Regulationstheorie. In: Bruff, Ian/Ebenau, Matthias/May, Christian/Nölke, Andreas (Hg.): Vergleichende Kapitalismusforschung: Stand, Perspektiven, Kritik. Münster: Westfälisches Dampfboot, 178-193.
- Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg., 2005): Lateinamerika. Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA.
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2013): Dialektik der Ausbeutung. Der neue Rohstoffboom in Lateinamerika. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2013, 75-84.
- Brand, Ulrich/Raza, Werner (2003): Der Regulationsansatz als Fordismus- oder Kapitalismustheorie? In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-16.
- Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina (2013): Extraktivismus in Lateinamerika – der Versuch einer Fundierung. In: Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina/Öhlschläger, Rainer (Hg.): Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika. Baden-Baden: Nomos, 181-200.
- Cannon, Barry (2014): Opposition in Bolivarian Venezuela: Caught Between Conflict and Compromise. In: E-International Relations, 8.4.2014. <http://www.e-ir.info/2014/04/08/opposition-in-bolivarian-venezuela-caught-between-conflict-and-compromise/>, 25.5.2014.
- CEPAL (2012): Panorama Social de América Latina. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2013): Estudio Económico de América Latina y el Caribe. Tres décadas de crecimiento desigual e inestable. Santiago de Chile: Publicación de las Naciones Unidas.
- CEPAL (2014): Programa Estadística ODM. <http://www.eclac.cl/mdg/>, 25.5.2014.
- Coy, Martin/Klingler, Michael (2014): Die sozial-ökologischen Kosten des Wachstums: Ein Bericht von der Pionierfront. In: Drekonja-Kornat, Gerhard/Prutsch, Ursula (Hg.): Brasilien 2014: Aufbruch und Aufruhr. Wien: LIT, 85-108.

- Fazio, Hugo (2010): *La Crisis Económica modifica el mapa de la Extrema Riqueza*. Santiago de Chile: LOM.
- FDCL/RLS (Hg., 2012): *Der Neue Extraktivismus: Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin: FDCL.
- Fischer, Karin (2011): *Eine Klasse für sich. Besitz, Herrschaft und ungleiche Entwicklung in Chile 1830-2010*. Baden Baden: Nomos.
- Fischer, Karin/Leubolt, Bernhard (2012): *Auf dem Weg zu mehr Gleichheit? Sozialpolitik in Brasilien und Chile nach dem „Linksruck“*. In: *Momentum Quarterly* 1 (1), 45-56.
- Görgl, Daniel/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard (2011): *Transformation monetärer Restriktion: Nationale Strategien und regionale Kooperation in Lateinamerika*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 27 (2), 67-91.
- Gramsci, Antonio (1991ff): *Gefängnishefte*. Hamburg: Argument.
- Gudynas, Eduardo (2012): *Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika*. In: *Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika/Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin: FDCL, 46-65.
- INE – Instituto Nacional de Estadística Venezuela (2014): *Información estadística sobre la fuerza de trabajo*. http://www.ine.gov.ve/index.php?option=com_content&view=category&id=103&Itemid=40, 25.5.2014.
- IPEA – Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (2014): *Online-Datenbank „ipeadata“*. <http://www.ipeadata.gov.br/>, 7.5.2014.
- Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard (2014): *Rohstoffe und Entwicklungsstrategien in Lateinamerika*. In: *Nölke, Andreas/May, Christian/Claar, Simone (Hg.): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft*. Wiesbaden: Springer, 163-179.
- Lang, Miriam/Mokrani, Dunia (Hg., 2013): *Beyond Development. Alternative Visions from Latin America*. Amsterdam.
- Lesay, Ivan/Leubolt, Bernhard (Hg., 2012): *Lateinamerika nach der Krise: Entwicklungsmodelle und Verteilungsfragen*. Wien: LIT.
- Leubolt, Bernhard (2014): *Transformation von Ungleichheitsregimes: Gleichheitsorientierte Politik in Brasilien und Südafrika*. Wiesbaden: VS Springer (im Erscheinen).
- MME – Ministério de Minas e Energia (2014): *Séries Históricas por Tabela (XLS) 4.7.1 – Energia e Socioeconomia – Produto Interno Bruto por Setor (tab 7.4)*. http://www.mme.gov.br/mme/menu/todas_publicacoes.html, 5.8.2014.
- Novy, Andreas (2012): *Widersprüche des brasilianischen Entwicklungsstaats*. In: *Lesay, Ivan/Leubolt, Bernhard (Hg.): Lateinamerika nach der Krise: Entwicklungsmodelle und Verteilungsfragen*. Wien: LIT, 117-130.
- O’Donnell, Guillermo (1996): *El estado burocrático autoritario: Triunfos, derrotas y crisis*. Buenos Aires: Editorial de Belgrano.
- OECD/CEPAL/CIAT (2014): *Estadísticas tributarias en América Latina*. OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264207943-en-fr>, 25.5.2014.

- Palma, Gabriel (2013): La economía chilena, como el elefante, se balancea sobre la tela de una araña. CIPER. <http://ciperchile.cl/2013/03/25/la-economia-chilena-como-el-elefante-se-balancea-sobre-la-tela-de-una-arana/>, 29.8.2014.
- Pimmer, Stefan (2010): Lateinamerikanische Kräfteverhältnisse im Wandel. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 26 (1), 4-11.
- Quijano, Aníbal (1974): Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Peripherer Kapitalismus*. Frankfurt: Suhrkamp, 298-341.
- Ramos, Marcela (2011): Royalty: Los millones de dólares que Chile regala a las empresas mineras. CIPER. <http://ciperchile.cl/2011/07/20/royalty-los-millones-de-dolares-que-chile-regala/>, 29.8.2014.
- Riesco, Manuel (2008): *Acerca de "Rentas Mineras y Desarrollo Social en Chile"*. Santiago de Chile: CENDA.
- Rodrigues, Leôncio Martins (2006): *Mudanças na Classe Política Brasileira*. São Paulo: PubliFolha.
- Scherrer, Christoph (2007): Hegemonie: empirisch fassbar? In: Merkens, Andreas/Rego Diaz, Victor (Hg.): *Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis*. Hamburg: Argument, 71-84.
- Schmalz, Stefan (2013): Neo-Extraktivismus in Lateinamerika? In: Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina/Öhlschläger, Rainer (Hg.): *Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika*. Baden-Baden: Nomos, 47-60
- Sutherland, Manuel (2012): Especulación, poca industria y escasas empresas en manos del Estado. In: *Rebelión*, 13.9.2012. <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=155986>, 25.5.2014.
- Sutherland, Manuel (2014): Fraudes en la importación y los problemas que acarrearán. In: *Rebelión*, 30.6.2014. <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=186670>, 15.7.2014.
- Svampa, Maristella (2012): Resource Extractivism and Alternatives: Latin American Perspectives on Development. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 28 (3), 43-73.
- Weisbrot, Mark/Sandoval, Luis (2009): *The Chávez Administration at 10 Years: The Economy and Social Indicators*. Washington, DC: Center for Economic and Policy Research. <http://www.cepr.net/documents/publications/venezuela-2009-02.pdf>, 25.5.2014.
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by taking power. The history and policies of the Chávez government*. London: Verso.
- Wilpert, Gregory (2013): Venezuelas Öl und der Klassenkampf. In: *Le Monde Diplomatique*, 13.12.2013.

Abstracts

Der Artikel geht der Frage nach, inwieweit aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika mit dem Begriff des Neo-Extraktivismus beschrieben werden können. Basierend auf einer regulationstheoretischen Perspektive werden unterschiedliche Entwicklungsweisen analysiert. Anhand der Fallbeispiele Brasilien, Chile und Venezuela wird gezeigt, dass nicht in allen Fällen Neo-Extraktivismus als die entscheidende Determinante für politökonomische Entwicklungen ausgemacht werden kann. Vielmehr spielen, etwa im Falle von Brasilien, binnenorientierte Industrialisierungsstrategien eine zentrale Rolle. Abschließend wird argumentiert, dass eine entsprechend differenzierte Debatte der Entwicklungen in Lateinamerika wünschenswert ist.

This paper deals with the question of to what extent recent developments in Latin America can be described by using the concept of neo-extractivism. Based on a regulationist perspective, different modes of development are distinguished. Comparative case studies for Brazil, Chile and Venezuela show clearly that neo-extractivism is not, in all cases, the key-element with which to understand the processes of development. On the contrary, in the case of Brazil it is mainly strategies of industrialisation which play a key role. In a nutshell, the authors argue for a more differentiated understanding of Latin American developments.

Johannes Jäger
Fachhochschule des BFI Wien
johannes.jaeger@fh-vie.ac.at

Bernhard Leubolt
Wirtschaftsuniversität Wien
bernhard.leubolt@wu.ac.at

Lukas Schmidt
Universität Wien
lukas.schmidt@univie.ac.at